

10. AStA-Sitzung vom 08.06.2021

Redeleitung: Simon Uhl

Protokoll: Juri Biswas, Jakob, Sarah

Anwesende: Simon, Juri, Lara, Valentin, Marian, Moritz, Sarah, Jakob, Jonas, Lorena, Sophia, Lea Dahms (Gästin), Till Aperdanner (Gast)

Beginn 19:45 Uhr

1. Impfungen

- Impfliste muss aktualisiert werden
- Aufruf zum Engagement bzgl. Mitarbeit Impfliste
- Praxis aus Fürstenzell hat uns angeschrieben, ob wir sie auf Liste aufnehmen
- Rechtlich evtl. kritisch bzgl. Unvollständigkeit

2. Woche "Gegen Hass im Netz"

- findet statt
- erste Posts sind raus
- Finanzierungsfrage bzgl. einer Dozentin
- fzs und/ oder Gleichstellungsreferat

3. Berichte Referate

- Umwelt: Bewerben der nachhaltigen Hochschulwochen (einstimmig)

4. AKs

- Wahl: Fragen müssen eingereicht werden; 17.06.2021 ist voraus. Podiumsdiskussion; Diskussion um Format (Webinar etc.)
- kritische O-Wochen: (*Gästin Lea Dahms*); Wollen wir uns als AStA dort engagieren bzw. mitorganisieren? Problematik: neuer AStA steht noch nicht und wir es deshalb nicht entscheiden könne; Soll keine Konkurrenz sein? →Lass uns das machen! Kommunikationswege werden benutzt!

-Hochschulgesetznovelle:

als ganzes ablehnen oder nur teilweise!

Unsere Stellungnahme geht an die Unileitung und den Unirat. Diese hatten uns um eine Stellungnahme gebeten

Til: keine signifikante Verbesserung

Sophia: Nicht wünschenswertes Ergebnis mit Verbesserungsvorschlägen

Marian: Formulierungsvorschlag "lehnen wir das Gesetz entschieden/kategorisch/ etc. ab"

Sophia: "lehnen wir die Stoßrichtung des Gesetztes ab"

Simon: "Ablehnung des Gesetzes aber gleichzeitig Anerkennung der Lage als bayrischer AStA"

→Sophias Vorschlag wird angenommen

Zu Art. 13 IV 1,2: Änderungsvorschlag Exkursionen müssen zumindest bezuschusst aber eher finanziert werden →explizit reinschreiben?

Sophia: im Dokument muss weiterhin gestrichen werden

Simon: dagegen! Da wir damit verhandeln müssen und generelle harte Formulierungen wählen sollten.

Verwirrung um Eignungsprüfungen und Gebühren!

Till: Gegen Eignungsprüfungen im Allgemeinen aussprechen (zurückgezogen)

Simon: stimmt zu

Korrektur von allen: Aussprechen gegen die Gebührenerhebungsmöglichkeit der Hochschulen

Wir brauchen eine Konkretisierung der Wörter "angemessen" bzw. "erforderlich" für die Finanzierung der Studierendenvertretung und die Strukturen der Uni. Sonst könnte das zu Änderungen zu Ungunsten von Studierenden und Mittelbau gehen
zu 2.2 Landesebene

-LAK hat komplett die verfasste Studierendenschaft ausgelassen, dies werden wir in der Stellungnahme kritisieren und auch bei der nächsten LAK-Sitzung

Wir wollen, dass die LAK die Vertretung wird (da ist das Wording noch nicht gut genug)

Einführung von verfassten Studierendenschaften ist ein Fortschritt, reicht aber nicht aus

Anhörungsrecht der Landesstudierendenvertretungen (im Gesetz leider "Landesstudierendenrat" genannt) auf Landesebene ist viel zu eng formuliert und das Ministerium sollte von sich aus informieren und nicht darauf warten, dass sich die Studierenden danach erkundigen

Senat

Kompetenzen des Senats werden im Gesetz beschnitten oder zu vage formuliert. Das führt u.a. zu Rechtsunsicherheit. Stattdessen wollen wir klare demokratische Strukturen.

Präsident hat zu viel Macht/ zu viele Rechte

"effektive Beteiligung" ist zu vage

Wir wollen eine Viertelparität für Studierende im Senat nach thüringischem Vorbild. Es gibt aber verfassungsrechtliche Probleme bei mehr Mitbestimmung für Studierende

Hochschulrat

Braucht es externe Mitglieder? Es ist aber unklar, wer da in Zukunft hineingewählt werden kann.

Es ist unklar, wie viele Professor:innen drin sein werden

Der Hochschulrat hat in der jetzigen Form viel zu viel Macht

Das Problem ist auch, dass momentan Leute im Hochschulrat sitzen, die wenig Ahnung vom Universitätsleben haben

Daher sollte er nicht so viel bestimmen dürfen, sondern wenn dann beraten

Hochschulleitung/Präsident:in

Präsident:in muss die Berufungskommission nicht berücksichtigen. → sehr problematisch soll so bleiben wie es ist.

Wiederwahl ist unbegrenzt möglich → problematisch

Studiengänge sollen nicht vom Hochschulrat beschlossen werden; Vorschlag: Hochschulrat soll beraten und Senat entscheiden.

-Hochschulverträge sind viel zu vage formuliert → Das bedeutet, dass es weniger Demokratie gibt

-Nachfrage: Hochschulverträge komplett rausnehmen oder nur überarbeiten?

-Keine Gegenrede

-Grundordnungsänderungen/Vorschlag: aktuelle Lage obliegt dem Hochschulrat (Art. 31 III BayHschG) → da wir uns den nur mit beratender Funktion sehen bräuchten wir hier ein Ersatzgremien

-Das Quorum von 70%, um die Hochschulleitung abzuwählen, ist viel zu hoch

-Die Macht sollte nicht bei einer Person liegen (Präsident:in), aber vielleicht sollten wir den Begriff "Diktatur" in unserer Stellungnahme vermeiden und stattdessen "zu starke Machtkonzentration" benutzen

Lehre

-Vorträge und Didaktik als

-Forschung und Lehre werden in Art.2 nicht genannt und der Begriff der Lehre wird degradiert

Nachhaltigkeit

- wurde aus der LAK übernommen; Pflicht zum Klimaschutz, Vizepräsidentin

Gleichstellung

-paritätische Besetzung soll auch in den restlichen Gremien erreicht werden

-Es gibt ein Problem mit der Rolle des/der Gleichstellungsbeauftragten und der Frauenbeauftragten → wer ist laut neuem Gesetz in welchen Gremien vertreten?

-soziale Herkunft soll noch als Diskriminierungsform, der entgegengewirkt wird, aufgezählt werden

-wir wollen mindestens zwei unabhängige Ansprechpersonen für Fälle von sexueller Belästigung und sexueller Gewalt

Externe Governance

-Wir sind gegen unternehmerische Tätigkeiten der Universität

-Die Möglichkeit, die Rechtsform zu ändern und eine selbstverwaltete Körperschaft zu werden, sehen wir kritisch

-es gibt auch andere Rechtsformen, die einen Globalhaushalt ermöglichen würden, aber das wollen wir nicht. Wir wollen, dass Unis weiterhin zentralstaatlich bleiben

-Diskussion über Begrifflichkeiten/ Gesetzesformen: Körperschaft ÖR/GbR/AG etc. → Jonas sagt Körperschaft ÖR ist immer noch staatlich aber auf einer anderen Ebene

-Stellungnahme zu Gewährträgerschaft findet Till wichtig

Transfer

-keine Diskussion!

-Problematisch, wenn Firmen sich in Unibelange einmischen

-Schon problematisch überhaupt mit Unternehmen zu kooperieren, da dann Verflechtungen und Einfluss entstehen

-Till findet "kritisieren" schon schwach genug

-Uni ist nicht dafür da Fakenews zu dementieren

-stört, aber auch nicht wird deswegen erstmal beibehalten

-Hilfe bei der Unterstützung von Gründungen

Fakultätsstrukturen

-Unkonkretheit ist höchst problematisch

-selbst Studierende können Dekan:in sein

-evtl. auch Ausschreibung als Verwaltungsstelle

Sonstiges

-Obligatorische Deutschkurse für ausländische Studierende: ersatzlos streichen

- Verhüllungsverbot: Begründung höchst kritisch/ ersatzlos streichen

- Studienzuschussmittel: 50% Stimmanteil der Studierenden muss erhalten bleiben.

momentan wird es nicht geregelt. → muss unbedingt drinnen stehen; Vergabemechanismus muss verbessert werden, da eine Bemessung an Erstsemester:innen Probleme aufwirft

(Uniwechsel); Anreiz Leute auszusieben; Orientierung an 1. Fachsemester und/ oder Absolvent:innen zahl; Klärung ob es die Mittel noch gibt
-Studierendenwerke: positiv; lange Amtszeit (zwei Jahre) allerdings schon lange; Entscheidungsvorgang ist auch schwierig, da nicht konkret genug. Warum hat die Unileitung überhaupt Mitspracherecht? Psychologische Betreuung als gesetzliche Aufgabe
-Experimentierklausel: keine Diskussion → Änderungsantrag für die LAK muss geschrieben werden
-Gendersternchen soll im Positionspapier benutzt werden

Abhängigkeit vom Charakter des/der Präsident*in betonen-> Problematisch-> Punkt Hochschulpräsident*in

Sonstiges:

- 17.6.21: Vortrag Antifeminismus → macht Werbung
- 21.6.21: Auftaktveranstaltung psychische Gesundheit → Umfrage der Uni hat den Bedarf unterstrichen → individuelle Beratung soll gefördert werden
- Till regt an weiterhin am Thema Hochschulgesetz zu arbeiten und wie? Lorena will 11.6. abwarten. Viele Initiativen, aber nichts zentral-organisiertes → Vernetzung. Senat & Studis vermitteln, dass Gesetz problematisch